

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 56 (2006)

**Heft:** 1: Verkehrsgeschichte = Histoire des transports

**Buchbesprechung:** Selbstbezogenheit und Offenheit - Die Schweiz in der Welt des 20. Jahrhunderts. Zur politischen Geschichte eines neutralen Kleinstaats  
[Tobias Kästli]

**Autor:** Kreis, Georg

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

liche Bereiche betraf, sich auf das Menschenrecht auszudehnen und es musste damit gerechnet werden, dass die staatliche Gesetzgebung gewisse Anpassungen nötig haben würde. Was aber nicht akzeptiert wurde, war die Tatsache, dass sich die Schweiz damit – in gewissen Teilen mindestens – unter internationale Richter stellen musste.

Nach der Einleitung folgt ein Teil, der sich mit der Rolle der Schweiz im Rahmen der KSZE befasst. Der Beitrag der Schweiz zum gesamten Prozess ist beträchtlich, bezüglich der Menschenrechte jedoch gering. Zur Frage der Menschenrechte gesellte sich jene der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Je länger je mehr zeigte sich, dass die postulierte Trennung zwischen Politik und Wirtschaft, oder zwischen Wirtschaft und Menschenrechten, eine rein theoretische war. Der Skandal um die Waffengeschäfte der Firma Bührle führte zu einer neuen Grundsatzdiskussion, die schliesslich die Menschenrechte als Schranke der Kriegsmaterialausfuhr festlegte.

Im dritten Teil geht es um die Stellung der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Noch stärker als bei der Frage des UNO-Beitrittes war diese Frage auch mit der Innenpolitik vermischt. Die EMRK setzte die Schweiz unter Druck, vor allem hinsichtlich des Frauenstimmrechtes und der Fremdarbeiterfrage. Konnte der Beitritt zum Europarat rasch über die Bühne gebracht werden, harzte es bei der EMRK umso mehr. Erst nach Einführung des Frauenstimmrechtes wurde die Unterzeichnung wieder zum Thema. Nun wurde trotz der Angst vor «fremden Richtern» zur Unterzeichnung geschritten, aber die Ratifikation dauerte dafür umso länger. Zu einem wirklich politischen Thema wurden diese Fragen mit dem Amtsantritt von Bundesrat Aubert im Jahre 1978, womit die langwierige Vorbereitungszeit auch ihren Abschluss fand.

Die Dissertation zeigt in detaillierter Recherche auf, wie schwer sich die schweizerische Politik – Bundesrat, Parlament wie auch diverse Kommissionen und Expertengruppen – mit den Fragen der Menschenrechte getan hat. Es besteht ein frappanter Gegensatz zwischen der Pionierrolle, die die Schweiz im Bereich des humanitären Völkerrechts eingenommen hatte, und der generellen Reserviertheit gegenüber dem internationalen Schutz der Menschenrechte. Hinzuweisen ist hier noch auf die weitere Buchausgabe von J. A. Fanzun: «Die Grenzen der Solidarität. Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg». Zürich NZZ-Verlag 2005. 462 S.

*Walter Troxler, Inwil*

**Tobias Kästli: Selbstbezogenheit und Offenheit – Die Schweiz in der Welt des 20. Jahrhunderts. Zur politischen Geschichte eines neutralen Kleinstaats.** Zürich, NZZ-Verlag, 2005. 579 S.

Tobias Kästli präsentiert nach seiner Geschichte des schweizerischen Nationalstaates (1998) in bewährter Art eine Gesamtschau dieses Staates in seinen Aussenbeziehungen. Er integriert in diesen Überblick zahlreiche Teilgeschichten und stellt zugleich eine grosse Leitfrage ins Zentrum. Die Leitfrage geht von einer These aus, die Herbert Lüthy 1964 entwickelt hat und die beiden Nachkriegszeiten, diejenige nach 1918 und diejenige nach 1945, mit einander vergleicht. Lüthy ging es darum, dass sein Land die in der Aufbruchzeit der 1960er Jahre immer unerträglicher erscheinende Eindimensionalität, Phantasielosigkeit und Selbstbezogenheit der zweiten Nachkriegszeit überwinde; mit einer Würdigung der ersten international stärker engagierten und offeneren Nachkriegszeit wollte er zeigen, dass es eine offenere Haltung in der Schweizergeschichte schon einmal gegeben habe.

Diese These bildet den Interpretationsrahmen und zugleich das Gerüst für die Rekapitulation der mehr oder weniger bekannten Teilgeschichten, von der helvetischen Kulturpolitik vor 1914, über die Versorgungsproblematik während des Ersten Weltkriegs, zu den auch nach 1918 anhaltenden Unterschieden zwischen Deutsch und Welsch, zur Kriseninitiative und zum Friedensabkommen von 1937, zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats nach 1945 oder zur plötzlichen Aufdeckung des Schnüffelstaats etc. Dies scheinen nicht primär aussenpolitische Themen zu sein. Bei genauerem Hinsehen kann man mindestens erkennen, dass auch sie das Aussenverhältnis der Schweiz betreffen und von diesem mitgeprägt worden sind. Deutlich wird dies bei einem vom Autor speziell beachteten «innenpolitischen» Problem: dem über lange Zeit verweigerten Frauenstimmrecht. Diese Forderung kam 1918 zwar auf die politische Agenda, seit 1920 auch auf kantonale Abstimmungskalender, sie wurde aber immer wieder auf die lange Bank geschoben. Die Interdependenz von Aussen und Innen konnte man bereits 1945 in dieser Frage wahrnehmen, als sich der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen für den UNO-Beitritt stark machte, weil dies seine Position gestärkt hätte. Als in den 1960er Jahren zunächst die Europaratmitgliedschaft und dann der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) diskutiert wurde, nutzten die Frauen diese Geschäfte, um ihrer Forderung mehr Nachachtung zu verschaffen. Innen- und aussenpolitische Reformen gehen öfters Hand in Hand, als man denkt.

Das Buch referiert selbstverständlich auch die aussenpolitischen Klassiker wie den Abstimmungskampf um den Völkerbundsbeitritt 1920, die Rückkehr zur uneingeschränkten Neutralität 1938, die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion 1946, die Korea-Mission nach 1953, die Ablehnung des UNO-Beitritts 1986 u.a.m. Die Haltung in der zweiten Nachkriegszeit wird gestützt auf Lüthy als «nüchterner Pragmatismus», ja von «grämlicher Nüchternheit» geleitet umschrieben. An anderer Stelle spricht er von der «ein wenig mürrischen und jedenfalls vorsichtigen Nüchternheit», dies als Folge der in der Zwischenkriegszeit und Kriegszeit erfahrenen Enttäuschung. Der Autor macht keinen Hehl daraus, dass er selber für eine offene Grundhaltung und für den Abbau «selbstbezogener Offenheit» eintritt. Die zentrale Frage ist demnach, inwiefern und weshalb die Offenheit inzwischen etwas ausgebaut werden konnte. Kästli bringt es nicht ganz auf diesen Punkt, er gibt aber trotzdem den Hinweis, dass es der Aufbruch der 1960er Jahre war, der die Widersprüche zwischen der starken Selbstbezogenheit und der nicht weniger starken Weltverbundenheit an die Oberfläche brachte und zum Gegenstand offener Auseinandersetzung machte. Die Bruchlinien der Positionen seien dabei durch alle Parteien hindurchgegangen. Was aber als Gegenstück zur «einseitigen Selbstbezüglichkeit» entstand, war nicht überbordender Idealismus, sondern bloss eine andere Art von Nüchternheit, die sich, wie der Autor abschliessend bemerkt, der schlichten Einsicht nicht mehr verschliesst, dass die Schweiz ihre Probleme nicht alleine und nicht mehr vorwiegend innenpolitisch lösen kann und dass ein Kleinstaat eine verbindlich geregelte internationale Ordnung nicht als Bedrohung, sondern Schutz verstehen soll.

Es liegt in der Natur einer derartigen Synthese, dass sie mehrheitlich Sekundärliteratur verarbeitet. Man kann in der Vielfalt der referierten Materialien aber auch Primärbeiträge entdecken: etwa eine Rede von Heinrich Rothmund von 1924 zum Thema Überfremdung, in der sich der Fremdenpolizeichef noch zu diesem Zeitpunkt für eine Erleichterung für die freiwillige Einbürgerung nach langjähriger Niederlassung und für Zwangseinbürgerung bei in der Schweiz Geborenen

aussprach (S. 176). Der Autor führt entsprechend dem im Untertitel angezeigten Interesse an zahlreiche wichtige Äusserungen heran, welche den zeitgenössischen Auseinandersetzungen mit zentralen Fragen entnommen sind, etwa dem zu wenig bekannten Aufsatz vom wieder zu entdeckenden nachmaligen Zürcher Philosophieprofessor Hans Barth «Über die Entstehung der Ideologie vom totalen Staat» (1938).  
Georg Kreis, Basel

Pierre-Yves Donzé: **Bâtir, gérer, soigner: histoire des établissements hospitaliers de Suisse romande**. Chêne-Bourg/Genève, Georg, 2003, xviii + 367 p. (coll. «Bibliothèque d'histoire de la médecine et de la santé»).

Après s'être distingué avec son mémoire de licence portant sur l'histoire de l'hôpital de Porrentruy (*L'hôpital bourgeois de Porrentruy (1760–1870): Gestion du patrimoine, médicalisation des soins et assistance aux pauvres*. Porrentruy: Cercles d'études historiques de la Société jurassienne d'Emulation, coll. Cahiers d'études historiques, 212 pp.), il était presque normal que Pierre-Yves Donzé réalise le mandat que l'Association des directeurs d'établissements hospitaliers de Suisse romande (ADHER) donna à l'Institut d'histoire de la médecine de Lausanne: faire l'histoire des hôpitaux romands. A la simplicité de la requête correspond la difficulté de la tâche: produire une somme de connaissances établies et nouvelles à propos des hôpitaux et des systèmes hospitaliers de sept cantons (Jura bernois compris), sur deux millénaires quasiment, qui plus est, en l'agrémentant d'une très riche iconographie. Et c'est bien ce que nous tenons entre nos mains ici, même si l'attention de l'auteur, et les connaissances nouvelles qu'il propose, se concentrent essentiellement autour de la médicalisation de l'hôpital qui débute vers la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle, d'une part, et les années 1990 d'autre part; la partie concernant les siècles précédents ayant plus pour vocation d'autoriser le regard encyclopédique qui anime le projet.

Nous ne saurions raisonnablement lui reprocher ce choix, d'autant que relativement à ces trois derniers siècles, P.-Y. Donzé applique le regard qui fut déjà le sien à propos du seul hôpital de Porrentruy: l'histoire des hôpitaux romands qu'il nous propose se fait à partir d'une étude de leur gestion matérielle (le nombre, le type et la variété de son personnel, le nombre de malades, de lits, de draps, l'installation de commodités, couloirs et rampes, d'une salle d'opération ou de l'électricité, la position de la chapelle, le type et le mode de financement de l'hôpital, les besoins financiers, etc.). Cette approche «économique» se révèle extrêmement pertinente, puisqu'elle vise à retracer les transformations des représentations et usages sociaux et médicaux de l'hôpital par l'étude de sources encore peu exploitées en Suisse romande.

Il en résulte une magnifique œuvre d'histoire sociale, et surtout un formidable outil de travail: systématique (puisque organisé chronologiquement, thématiquement, puis géographiquement) et extrêmement riche en données locales, cet ouvrage évite l'écueil possible de l'épopée romanesque en tant que moyen de répondre au mandat prescrit. Ce faisant, il est du plus grand intérêt et de la plus grande utilité pour les historiennes et historiens travaillant dans ce champ de l'histoire de la santé.

Certainement même cet ouvrage serait-il capable de jouer un rôle dans le contexte de réformes que vivent depuis quelques années les systèmes de santé européens, et romands en particulier. Car l'auteur montre bien que les hôpitaux ne s'y sont pas développés hors de toute logique; le rationnement n'est qu'une raison